

26.03.2013 - 20:50 Uhr

Der Run in den Köpfen, Kommentar zur Einlagensicherung von Bernd Wittkowski

Frankfurt (ots) -

Deutschlands Sparer in Panik? Das wohl noch nicht. Anzeichen von Bammel sind hierzulande eher in der Politik und im Kreditgewerbe festzustellen. Man überbietet sich geradezu darin, die Sicherheit der Einlagen zu beschwören. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte ihre 2008 angesichts des unmittelbar drohenden Zusammenbruchs der Hypo Real Estate gemeinsam mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück gegebene Garantie ("Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein") schon vorige Woche bekräftigen lassen. Nun sah sich Sparkassenpräsident Georg Fahrenschnon veranlasst festzustellen, es sei "völlig ausgeschlossen, dass es in Deutschland einen solchen staatlichen Zugriff auf Spareinlagen geben könnte" wie in Zypern.

Die Beschwichtigungsversuche kommen nicht von ungefähr. Denn der Bank Run findet zwar noch nicht mit den Füßen statt, sehr wohl aber schon in den Köpfen. Alle reden darüber, wie sie ihr Geld in (vermeintliche) Sicherheit bringen und sich vor der Enteignung durch die Rettungseuropäer schützen können. Ob mehr oder weniger als 100000 Euro auf dem Tagesgeldkonto liegen, scheint dabei kaum eine Rolle zu spielen. Wie so oft haben solche Diskussionen und Verhaltensweisen auch etwas Irrationales. Da taucht jetzt zum Beispiel ein alter EU-Entwurf auf, dem zufolge Guthaben über 100000 Euro zur Bankenrestrukturierung verwendet werden können. Welche Überraschung, wenn sich die EU-weite Mindestgarantie auf ebenjene 100000 Euro erstreckt! Nebenbei: Brüssel wollte einen höheren Schutz, wie er in Deutschland in unterschiedlicher Form zumindest auf dem Papier in allen Säulen des Kreditgewerbes gilt, mit der Reform und Harmonisierung der Einlagensicherung zunächst sogar unterbinden.

"Völlig ausgeschlossen" ist gar nichts mehr. Aber natürlich macht es einen Riesenunterschied, wenn man die Betroffenen ständig mit der Nase auf einen relativ simplen Tatbestand - auch Einlagen sind Risikoassets - stößt und, wie im Fall Zypern geschehen, zu allem Überfluss gar den bisher uneingeschränkten Schutz der Kleinsparer zwischenzeitlich in Frage stellt. Insoweit sind vor allem einige ausländische Politiker auf dem "besten" Weg, den Ansturm auf Bankschalter und Geldautomaten herbeizureden, indem sie zum x-ten Mal darüber quasseln, dass vermögendere Sparer für allfällige Rettungsaktionen herangezogen werden müssten. "Danke, wir haben verstanden", werden sich nicht wenige derjenigen sagen, die sich betragsmäßig angesprochen fühlen dürfen.

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100735336> abgerufen werden.